

ORA ET
LABORA

Bete und
Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur
Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in
Allem Gott
verherrlicht
werde

No. 16
27. Jahrgang

Münster, Saal., Donnerstag, den 29. Mai 1930

Fortlaufende
No. 1339

Welt-Rundschau

Die Vereinigten Staaten von Europa

Die Idee der „Ver. Staaten von Europa“ ist nicht im Gehirn des französischen Außenministers Briand entstanden, obgleich er schon einige Zeit damit spielt. Ihr Urheber ist ein guter Deutscher, ein Graf mit dem französischen Namen Goudenhout. Er hat schon seit Jahren in ganz Europa dafür Propaganda gemacht. Briand hat mit dieser Idee in Genf und anderswo schon ein paarmal auf den Tisch geklopft, aber bisher nichts damit bezweckt. Am 14. Mai nun schied er einen offiziellen Fragebogen an 26 europäische Staaten aus, um aus ihren Antworten feststellen zu können, wie sie sich der Idee der „Ver. Staaten von Europa“ gegenüber verhalten würden. Auch an die Regierung der Ver. Staaten von Amerika wurde eine Kopie des Fragebogens geschickt, um dieselbe über den Zweck dieser etwaigen Gründung aufzuklären.

Briand hat die Zeit der Flottenkonferenzen in London unter anderem auch dazu benützt, seinen Entwurf auszuarbeiten und in England, wo er auf die größten Schwierigkeiten zu stoßen erwartet, dafür einigermassen Stimmung zu machen. Er wollte den Engländern, und zwar in Gegenwart der Amerikaner, das Bekannte bringen, daß Großbritannien immer noch eine europäische Macht sei und als Mitbegründerin und hervorragendes Mitglied des Völkerbundes diesem gegenüber gewisse definitive Verpflichtungen habe. Nach Briand's Pläne sollen nämlich die „Ver. Staaten von Europa“ einen kleineren Kreis innerhalb des großen Kreises des Völkerbundes bilden.

Der Text des Entwurfes Briand's, der am 17. Mai der Öffentlichkeit übergeben wurde, ist uns soweit nicht zugänglich. Aus Kommentaren ist jedoch ersichtlich, daß er aus zwei Dokumenten besteht, deren erstes Briand's eigene Ansicht darlegt. Das zweite Dokument ist der an die Regierungen gesandte Fragebogen.

Die „Ver. Staaten von Europa“ sollen ein sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Zusammenschluß der europäischen Völker werden, und zwar soll er noch mehr politisch als wirtschaftlich sein. Gleich dem Völkerbunde soll dieses Gebilde seinen Zentralität in Genf haben, der von allen beteiligten Ländern besetzt würde. Unter den Ländern soll absolute Gleichberechtigung herrschen, und diese soll die einigende Kraft darstellen und dem ganzen Gebilde Solidarität verleihen.

Wünschenswert wäre ohne Zweifel ein näherer Zusammenschluß der vielen europäischen Völker auf wirtschaftlichem Gebiete, wo die einzelnen Länder durch hohe Zollmauern gegen einander abgeschlossen sind, die überall Handel und Wandel behindern. Die Befürworter der Idee schreiben den großen wirtschaftlichen Aufschwung der Ver. Staaten von Amerika hauptsächlich der Tatsache zu, daß die Staaten dieses ungeheuren Gebietes durch keinerlei Zoll-

barrieren von einander abgesperrt sind. Gerade darauf wird auch hingewiesen, um zu zeigen, daß die „Ver. Staaten von Europa“ durchaus keine Spitze gegen Amerika zu haben brauchen und daß eine solche auch gar nicht beabsichtigt wäre. Die Prosperität Amerikas ganz oder auch nur teilweise auf die angegebene Ursache zurückzuführen sei; ob dieselbe gegebenen Falles auf die Staaten Europas dieselbe Wirkung ausüben würde; ja, ob eine gänzliche Niederlegung der intereuropäischen Zollschranken überhaupt möglich sei; das sind Fragen, welche nur eine längere praktische Anwendung des Briand'schen Vorschlages beantworten könnte.

Hier und dort

Stürme und Unwetter haben in den Ver. Staaten auch in der vorletzten Woche wieder arg gehauet, vor allem waren es Teile von Texas, Arkansas und Oklahoma, die darunter zu leiden hatten. Zuerst brachen Tornados über diese Gegenden herein, zerstörten Gebäude, entwurzelten Bäume und richteten Ernten zu Grunde. 19 Personen verloren dabei ihr Leben und viele wurden verletzt. Die meisten Toten und Verletzten gab es in dem Dorfe Lambsbrook in Arkansas. Auf den Sturmen folgten endlose Regengüsse, welche die kleinen Flüsse in reißende Ströme verwandelten und viel niedrige gelegenes Land überschwemmten. Innerhalb 72 Stunden fielen 13 Zoll Regen. Besonders hoch liegen der Red River und seine Nebenflüsse. Viele Menschen, deren Häuser von Wasser umgeben waren, mußten auf höheres Terrain fliehen. Andere, die von den Fluten überflutet wurden, mußten durch Boote aus ihren Häusern gerettet werden. An Feldern, Landstraßen und Brücken hat das Wasser ungeheuren Schaden angerichtet. Nachdem der Regen kurze Zeit ausgehört und die Flüsse gerade zu sinken begonnen hatten, trat abermals hartes und andauerndes Regenwetter ein und brachte die Flüsse wieder zum Steigen.

Das Abgeordnetenhaus in Washington erteilte kürzlich dem Repräsentanten Longworth, dem Sprecher des Hauses, die Bevollmächtigung, ein aus fünf Mitgliedern des Hauses bestehendes Komitee zu ernennen, das sich mit der Untersuchung der Tätigkeit der Kommunisten in den Ver. Staaten zu befassen haben wird. Das Komitee wird seine Tätigkeit nicht auf die Organisationen der Kommunisten beschränken, sondern sie auch der Propaganda durch die Presse zuwenden. Dieser Beschluß verdankt seine Entstehung den Demonstrationen am 1. Mai und den bei dieser Gelegenheit gegen Kommunistenwohnungen unternommenen Razzias, bei denen Be-

Wie aber sollte sich ein politischer Zusammenschluß der vielen europäischen Staaten gestalten? Wie soll ein solcher bei den ungeheuerlichen Sonderinteressen und den zahllosen Eifersüchteleien, bei den zahlreichen Sprachen- und Rassenunterschieden — um von vielen anderen ganz zu schweigen — überhaupt möglich sein? Zwar fordert Briand völlige Gleichberechtigung aller Staaten in dem angestrebten neuen Staatengebilde und schließt von vornherein jegliche Überlegenheit irgend eines Landes aus. Aber trotzdem bricht sich in manchen Ländern der Argwohn Bahn, daß es gerade eine Art von Ueberherrlichkeit Frankreichs über das übrige Europa sei, was der gezeichnete Briand mit seinem Pläne anstrebe.

Frankreich hat sich durch den „Frieden“ von Versailles eine europäische Vormachtstellung zu sichern gemüht und hat dieselbe durch gefestigte Rüstungen befestigt. Alle Handlungen Frankreichs seit dem Kriege deuten darauf hin, daß es nicht gesonnen ist, diese Vormachtstellung je aufzugeben oder lockern zu lassen; es scheint im Gegenteil entschlossen zu sein, dieselbe um jeden Preis aufrechtzuerhalten und zu

erweitern. Der Völkerbund hat hierzu nützliche Dienste leisten müssen. Soll nicht etwa der neue europäische Verband, der sich ja innerhalb des Völkerbundes, wie ein kleinerer Kreis innerhalb eines großen, betätigen soll, denselben Zwecke dienen?

Was schon seit einiger Zeit im Entstehen war, hat sich in der Notentfernung zu London völlig herausgebildet und ist deutlich in der Erklärung getreten: die Isolierung Frankreichs. Und Frankreich hat nichts mehr als die Isolierung. Abgesehen von der „kleinen Entente“ und Polen, die sich immer noch nur unter Frankreichs Schutze fühlen, hat Frankreich keinen Freund mehr. Die ehemaligen Verbündeten sind langsam, aber immer deutlicher von ihm abgerückt. Vor allem in England an die Seite der Ver. Staaten von Amerika getreten, nicht zuletzt, um seine eigenen Interessen gegen den Nachbarn über dem Kanal zu schützen. Italien steht Frankreich als ausgesprochener Rivale, ja fast als Feind gegenüber, wie die neueste Rede Mussolini's bezeugt. Was Wunder also, wenn Frankreich sich um Stützen umsehen will.

(Fortsetzung auf Seite 4)

berale, sondern auch konservative müssen also für MacDonald gestimmt haben. Wie läßt sich das erklären? Die Erklärung liegt in der Lage in Indien, die von Tag zu Tag kritischer und gefährlicher wird. Keine Partei möchte gerade jetzt die Erde antreten, zumal obgleich die gegenwärtige Regierung das Problem in derselben Weise angegriffen hat, wie alle früheren Regierungen sie von jeher gehandhabt haben. Ein altes Sprichwort, das die Amerikaner von den Konservativen übernommen haben, gibt den Rat, man solle mitten im Strome nicht Pferde tauschen.

Das Lustschiff „Graf Zeppelin“ unter seinem Führer Dr. Hugo Eckener hatte am Dienstag, dem 20. Mai, um 1/4 Uhr nachts Sevilla in Spanien verlassen, um über den atlantischen Ozean nach Pernambuco in Brasilien zu fliegen. Am Donnerstag morgens um 6 Uhr kreuzte es den Äquator und am selben Tage um 1/2 Uhr nachmittags traf es in Pernambuco ein. Das Wetter war bei der Überfahrt unruhig, infolge heftiger Winde und starken Regens kam der „Graf Zeppelin“ mit bedeutender Verspätung an seinem Bestimmungsorte an. Nach einem Aufenthalt von 30 Stunden, die zur Nachfüllung mit Gas und Brennstoffen benützt wurden, stieg das Schiff am Freitag um 1/2 Uhr abends wieder auf und setzte seine Reise nach Rio de Janeiro, der Hauptstadt Brasiliens, fort. Nach kurzem Aufenthalt dahier wird die Rückreise über Lateinamerika, New York, nach Friedrichshafen angetreten werden.

Das „Strohvotum“ des „Literary Digest“ von New York über die Prohibition ist nun abgeschlossen. Das Endergebnis der Abstimmung ist 1.464.098 für strenge Einschränkung, 1.399.314 für Milderung und 1.943.052 für Abschaffung des Gesetzes. Im ganzen wurden also 4.806.464 Stimmen abgegeben. In Prozenten ausgedrückt haben die Prohibitoren 30,46, die Reformen 40,43 und die Mittleren 29,11 Prozent. Soweit die Abstimmung geht, ist sie

Die Frage von Geldkapital und Zins im Lichte neuer Veröffentlichungen

Von Dr. Joseph Gerle (Wien)

Wäre die kirchliche Zinslehre so einfach, wie etliche Sozialpolitiker meinen, so wäre sie wohl nicht durch die Jahrhunderte hindurch Streitereien bester Köpfe, Streitigkeiten, die in bezug auf die Frage der rechten Auslegung und Anwendung — nie unstritten war eigentlich ihr Grundgedanke: die Haupterträge der schaffenden Arbeit, Leistungen nur für Gegenleistungen. Auch bei der erlaubten verzinslichen Geldleihe zu produktiven Zwecken war doch immer nicht nur an ein Mittragen des Risikos und dergleichen, sondern auch immer an irgend eine Art Mitarbeit, oder doch an ein Verdienen des Zinses durch Arbeit für die Gesellschaft gedacht. Bloßes Neuturnum, bloßes faules Anpönseln, heute für gewisse Großkapitalisten bezeichnet, galt im Falle der Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeit nie als in Ordnung. Andererseits erschien die verzinsliche Kapitalleihe als normal doch immer nur bei Wahrung des Charakters als Hilfsmittel gesunder Pro-

duktion, nie aber für den Fall der Erhebung zum Selbstzweck, nie für den Fall der Proklamation zum Diktator der Wirtschaft, vollends nie für den Fall des Funktionierens als Mithänger des Produktionsprozesses. Als tiefer Sinn der Zinsgebarung wurde immer verstanden der Schutz der arbeitenden Menschheit gegenüber bloßer Schmaroberei, gegenüber ausbeutender Plutokratie.

Es ist klar, daß die Kirche dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das sie nicht geschaffen hat, in dem aber das Zinswesen eine, wenn nicht die Hauptrolle spielt, im Hinblick auf ihre Gläubigen, die in diesem System stehen — Rechnung trägt. Von Achtung dessen, was man mit Recht Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft nennt, ganz abgesehen: es ist selbstverständlich, daß man von den Menschen, die in den heutigen Wirtschaftsprozessen hineingestellt sind, nicht Unmögliches verlangen kann; daß man von Menschen in einer Welt der Zinsherrlichkeit nicht zinsloses Geldverleihen fordern kann. — Wie

es das doch oft wirtschaftlichen Untergangs, wirtschaftlichen Selbstmord, fordern. Daher hat die Kirche den verschiedenen Umständen, die den Zins als gerechtfertigt erscheinen lassen, mit der Zeit auch den des legalen Zinses, d. h. des durch die Staatsgesetzgebung erlaubten und geregelten Zinses, hinzugefügt. Es besteht aber das Recht, zu unterscheiden zwischen einer Haltung, die den Zeitverhältnissen Rechnung trägt, und zwischen einer Zinspolitik auf mehr Zucht, die Verbesserungen und Änderungen anstrebt, wenn an gewisse Grundsätze sich immer größere Mißbräuche und Entartungen anknüpfen. Es darf nie vergesen werden, daß die Zinserrläubnis der Kirche sich an Voraussetzungen bindet, daß sie feste Schranken kennt, daß die Geltung des Äquivalenzprinzips nicht aufgehoben werden soll. Deshalb liegen Reformvorschläge nur im Sinne der Kirche, wenn die konkrete Zinspraxis grob umgewandelt, wie es vielfach bei allen Völkern geht. Ein großer Teil der Bevölkerung aller Nationen folgt dem praktischen Grundgedanken: „Wenn ich mir etwas leisten will, muß ich es mir verdienen.“ Sie sind somit recht gemäßigten und lebensfähigen Leute, aber bei ihrer einseitigen Tendenz wird ein Uebermaß von Energie nicht als Tadelswürdig angesehen. — Man hat Grund anzunehmen, daß die große Zahl derer, die sich der Abstinenz enthalten haben, zu keiner der beiden extremen Parteien gehören, sondern der mittleren Partei zugehörig werden müßten. Denn die Extremen, und in unserem Falle vor allem die Dröckner, müssen genau, was sie wollen, und kämpfen für ihr Ideal. — Noch ein Punkt: Man kann sicher annehmen, daß als die Postlager und deren Selbstbehalt, welche an der Abstinenz teilnehmen, für strenge Einschränkung der Prohibition gestimmt haben. Denn von dieser Einschränkung hängt ihr fester Lebensunterhalt ab. Wenn die Prohibition heute abgeschafft würde, fänden sie sich morgen auf der Straße wieder. — Alles in allem betrachtet, zeigt dieses „Strohvotum“, daß die Prohibition beim Volke der Ver. Staaten nicht populär, daß sie nur ein der Mehrheit von einer zielbewußten Minderheit aufgesetztes Gesetz ist.

Freilich, Zinsbündel und Zinsnotwendigkeiten werden von verschiedenen Menschen immer verschieden gesehen; daher gibt es auch in der Handhabung der Zinsfrage immer Verschiedenheiten unter den katholischen Theologen und Sozialisten. Neben solchen, die in der Zinsfrage sehr weitgehend, sehr entgegenkommend sind, gab und gibt es immer andere, die strengere Anforderungen vertreten. Nicht als ob sie sofortige Zinsabschaffung verlangten, aber im Sinn, daß sie einen Umbau des gesamten heutigen Wirtschaftssystems in der Hand anstreben, daß mit dem Umbau zugleich eine Einschränkung, wenn nicht Unterbindung der heutigen Art von Zinswirtschaft angestrebt wird. Der große Theologe Hermann Schell erhebt zur Zinsfrage: „Das Zinsverbot des Alten wie des Neuen Bundes wurde immer als etwas empfunden, was nicht recht durchführbar sei — solange die gegenwärtige Besitz- und Erwerbsordnung“

(Fortsetzung auf Seite 4)